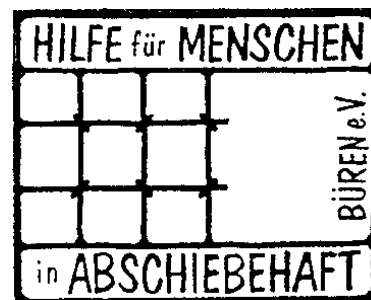




Bis zu zweieinhalb Jahre Abschiebehaft: „Büren ist ein Gefängnis - daran ändert auch ein anderer Name nichts“

Büren. Der Verein Hilfe für Menschen in Abschiebehaft Büren e. V. kritisiert die Ausweitung der möglichen Haftdauer durch die am 15. Oktober 2026 im Amtsblatt der Europäischen Union veröffentlichte Rückführungsverordnung scharf. Statt bislang höchstens 18 Monaten ermöglicht die Neuregelung unter bestimmten Voraussetzungen insgesamt bis zu 30 Monate Abschiebehaft. Der Verein warnt vor den Folgen eines derart langen Freiheitsentzugs unter Bedingungen, die bereits heute aus seiner Sicht unzureichend sind.

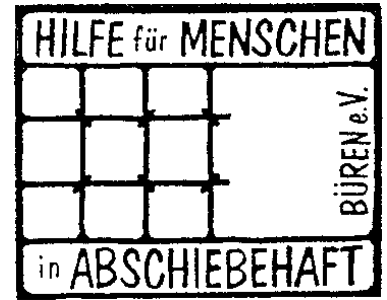
„Zweieinhalb Jahre hinter Gittern allein zur Durchsetzung einer Abschiebung sind ein erschreckender Angriff auf das Recht auf Freiheit. Schon heute erleben wir in Büren Menschen, die teilweise länger als ein Jahr eingesperrt sind. Die Haftbedingungen sind für solche Zeiträume völlig ungeeignet, wir lehnen Abschiebehaft generell ab.“, erklärt Frank Gockel, Pressesprecher des Vereins Hilfe für Menschen in Abschiebehaft Büren e. V.

Nach Einschätzung des Vereins hat die Einrichtung in Büren einen ausgeprägten Gefängnischarakter. Der Alltag wird durch Kontrolle, Überwachung und Fremdbestimmung geprägt. Es gibt keine Möglichkeiten, das eigene Leben zu gestalten, soziale Beziehungen zu pflegen und einer sinnvollen Beschäftigung nachzugehen. Mit zunehmender Haftdauer verschärfen sich die Belastungen durch die

Büren, 16.10.2026

Hilfe für Menschen in Abschiebehaft Büren e.V.
Pressesprecher:
Frank Gockel
Remmighauser Str.47
32760 Detmold
Tel.: 0 52 31-601089
Handy: 01 71-47 59 240
E-Mail: Presse@hfmia.de
www.gegenAbschiebehaft.de

Bis zu zweieinhalb Jahre Abschiebehaft: „Büren ist ein Gefängnis - daran ändert auch ein anderer Name nichts“



Trennung von Angehörigen und die Ungewissheit über die eigene Zukunft.

„Büren ist für die Menschen hinter den Mauern ein Gefängnis. Daran ändert auch die behördliche Bezeichnung als Unterbringungseinrichtung nichts. Wer dort über Monate oder sogar Jahre festgehalten wird, verliert weit mehr als seine Bewegungsfreiheit: Er verliert seinen Alltag, seine Selbstbestimmung und wertvolle Lebenszeit“, so Gockel. „Diese Bedingungen sind schon heute untragbar. Die mögliche Haftdauer weiter auszudehnen, verschärft das Leid.“

Der Verein sieht den Gefängnischarakter in deutlichem Widerspruch zu den europäischen Anforderungen an Abschiebehaft. Der Europäische Gerichtshof hat zur Rückführungsrichtlinie klargestellt, dass die Haftbedingungen so gestaltet sein müssen, dass eine für Straftat typische Gefängnisumgebung so weit wie möglich vermieden wird. Aus Sicht des Vereins wird Büren diesem Maßstab nicht gerecht.

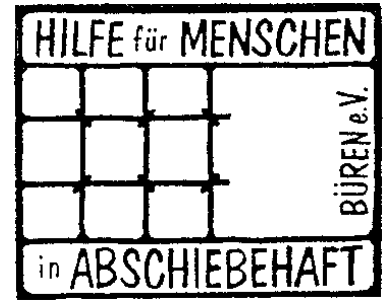
„Die Landesregierung muss die Haftbedingungen grundlegend verändern. Es reicht nicht, Strafgefangene und Abschiebegefangene räumlich zu trennen, wenn der Alltag weiterhin wie im Gefängnis organisiert wird. Abschiebehaft darf nicht als Strafvollzug unter anderem Namen betrieben werden“, fordert Gockel.

Längere Haft beschafft nach Auffassung des Vereins weder automatisch fehlende Reisedokumente noch beseitigt sie Schwierigkeiten bei der Zusammenarbeit mit Herkunftsstaaten. Die Betroffenen dürften nicht durch immer längeren Freiheitsentzug für ungelöste Abschiebungshindernisse verantwortlich gemacht werden.

PRESSE INFORMATION

Hilfe für Menschen in Abschiebehaft Büren e.V.
Pressesprecher:
Frank Gockel
Remmighauser Str. 47
32760 Detmold
Tel.: 0 52 31-60 10 89
Handy: 01 71-47 59 240
E-Mail: Presse@hfmia.de
www.gegenAbschiebehaft.de

Bis zu zweieinhalb Jahre Abschiebehaft: „Büren ist ein Gefängnis - daran ändert auch ein anderer Name nichts“



Der Verein fordert die Bundesregierung auf, die erweiterten europäischen Haftmöglichkeiten nicht auszuschöpfen und Alternativen zum Freiheitsentzug Vorrang einzuräumen. Die nordrhein-westfälische Landesregierung müsse den Gefängnischarakter der Bürener Einrichtung überwinden und menschenwürdige Bedingungen gewährleisten.

„Wer Menschen bis zu zweieinhalb Jahre ihrer Freiheit berauben will, darf nicht von einer bloßen Verwaltungsmaßnahme sprechen, als ginge es um eine Formalität. Es geht um einen massiven Eingriff in ihr Leben. Die politische Antwort darauf muss weniger Haft sein - nicht immer längeres Einsperren“, erklärt Gockel

PRESSE INFORMATION

Hilfe für Menschen in Abschiebehaft Büren e.V.
Pressesprecher:
Frank Gockel
Remmighauser Str. 47
32760 Detmold
Tel.: 0 52 31-60 10 89
Handy: 01 71-47 59 240
E-Mail: Presse@hfmia.de
www.gegenAbschiebehaft.de